

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 10 | 10. bis 23. Mai 2021

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

Europäisches Parlament für Stärkung der Rechte der Verbraucher in digitalem Binnenmarkt

Das Europäische Parlament verabschiedete am 20. Mai 2021 eine Entschließung zur Beseitigung von Hindernissen für einen funktionierenden digitalen Binnenmarkt und zur Verbesserung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI) für europäische Verbraucher. Das Europäische Parlament vertritt die Auffassung, dass der Digitalisierungsansatz der Europäischen Union (EU) vollständig im Einklang mit den Grundrechten sowie dem Verbraucherschutz, der Technologieneutralität, der Netzneutralität und den Datenschutzvorschriften, der Inklusivität und der Nichtdiskriminierung stehen muss.

Das Europäische Parlament nimmt das Gesetz über digitale Dienste und das Gesetz über digitale Märkte zur Kenntnis. Diese sollten dazu beitragen, die Innovation zu fördern, ein hohes Niveau beim Verbraucherschutz sicherzustellen sowie die Rechte, das Vertrauen und die Sicherheit der Nutzer im Internet zu stärken. Eine stärkere Transparenz und Sorgfaltspflicht für Online-Marktplätze würde die Produktsicherheit erhöhen und damit das Vertrauen der Verbraucher in Online-Marktplätze stärken.

Das Europäische Parlament begrüßt die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene neue Verbraucheragenda und fordert die Kommission auf, gegebenenfalls Anpassungen am Verbraucherschutzrecht vorzunehmen, um den Auswirkungen neuer Technologien und möglichen Nachteilen für die Verbraucher besser Rechnung zu tragen. Die europäischen

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

Verbraucher sollten in die Lage versetzt werden, eine aktive Rolle beim digitalen Wandel zu spielen. Das Vertrauen der Verbraucher und die Einführung digitaler Technologien hingen davon ab, dass die Rechte der Verbraucher unter allen Umständen geschützt werden.

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass neben einigen Hemmnissen, die die Einführung von digitalen Technologien in der EU behindern, mangelndes Vertrauen der Verbraucher einer breiten Nutzung von KI im Wege stehen kann. Bürger verstünden nicht, wie Systeme der künstlichen Intelligenz Entscheidungen treffen. Verbraucher benötigten einen klaren und vorhersehbaren Rechtsrahmen im Falle von Produktfehlfunktionen. Es müsse sichergestellt werden, dass es eine angemessene menschliche Kontrolle über die algorithmische Entscheidungsfindung gibt und dass angemessene und wirksame Abhilfemechanismen vorhanden sind. Wichtig sei auch, Verbrauchern grundlegende Schulungen und Kenntnisse über KI zu vermitteln, damit sie mehr von diesen Technologien profitieren und sich gleichzeitig vor möglichen Bedrohungen schützen können.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0261_DE.html

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Europäische Kommission legt Plan für Null-Schadstoff-Ziel bis 2050 vor

Die Europäische Kommission hat am 12. Mai 2021 den EU-Aktionsplan für Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden bis 2050 verabschiedet. Mit der Strategie werden Schritte bis zu diesem Ziel vorgezeichnet. Die Verschmutzung soll bis dahin so gering sein, dass sie für die menschliche Gesundheit und die Ökosysteme keine Gefahr mehr darstellt. Um die Europäische Union (EU) auf Kurs zu einem gesunden Planeten für gesunde Menschen im Jahr 2050 zu bringen, sieht der Aktionsplan Etappenziele für die Verringerung der Umweltverschmutzung an der Quelle bis 2030 vor.

Dies sind:

- Verbesserung der Luftqualität, um die Zahl der durch Schadstoffe in der Luft verursachten vorzeitigen Todesfälle um 55 Prozent zu verringern;
- Verbesserung der Wasserqualität, indem dafür gesorgt wird, dass weniger Kunststoffabfälle ins Meer (50 Prozent) und weniger Mikroplastik in die Umwelt (30 Prozent) gelangen;
- Verbesserung der Bodenqualität, indem Nährstoffverluste und der Einsatz chemischer Pestizide um 50 Prozent reduziert werden;

- Verringerung des Anteils der Ökosysteme in der EU, in denen Schadstoffe in der Luft die biologische Vielfalt gefährden;
- Verringerung der Zahl der Menschen, die unter einer chronischen Belastung durch Verkehrslärm leiden, um 30 Prozent und
- erhebliche Reduzierung des Abfallaufkommens insgesamt sowie des Restmülls um 50 Prozent.

Im Aktionsplan sind unter anderem folgende Leitinitiativen und Maßnahmen vorgesehen:

- Engere Angleichung der **Luftqualitätsnormen** an die jüngsten Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation;
- Überprüfung der Normen für die **Wasserqualität**, auch von Flüssen und Meeren in der EU;
- **Reduzierung der Schadstoffbelastung im Boden** und Förderung der Wiederherstellung;
- Überprüfung eines Großteils des **EU-Abfallrechts**, um die Grundsätze der sauberen Kreislaufwirtschaft in die Vorschriften einzubinden;
- Förderung der **Null-Schadstoffbelastung durch Produktion und Verbrauch**;
- Einrichtung eines Scoreboards der Umweltleistung der EU-Regionen, um das **Null-Schadstoff-Ziel in allen Regionen** zu fördern;
- **Verringerung gesundheitlicher Benachteiligungen** durch den zurzeit unverhältnismäßig hohen Anteil an schädlichen Gesundheitsauswirkungen bei den schutzbedürftigsten Bevölkerungsgruppen;
- **Verringerung des externen ökologischen Fußabdrucks der EU** durch Beschränkungen der Ausfuhr von Produkten und Abfällen in Drittländer, die schädliche bzw. toxische Auswirkungen haben;
- Einrichtung so genannter „Living Labs“ für **grüne digitale und intelligente Null-Schadstoff-Lösungen**;
- Konsolidierung der **EU-Wissenszentren für Null-Schadstoffemissionen** und Einrichtung einer Null-Schadstoff-Plattform für Interessenträger;
- Verstärkung der **Durchsetzung von Null-Schadstoff-Bestimmungen** mit Umwelt- und anderen Behörden.

Die Europäische Union hat bereits etliche Ziele zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung festgelegt. Rechtsvorschriften über Luft, Wasser, Meere und Lärm sehen Umweltqualitätsziele vor, und viele Gesetze gehen die Verschmutzungsquellen an. Außerdem hat die Europäische Kommission in der Strategie

„Vom Hof auf den Tisch“ und in der Biodiversitätsstrategie einige allgemeingültige Ziele für die Verringerung von Nährstoffverlusten und des Einsatzes von Pestiziden verkündet, die zur Erreichung unserer Biodiversitätsziele beitragen sollen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2345

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_21_2343

(Fragen und Antworten)

https://ec.europa.eu/environment/pdf/zero-pollution-action-plan/communication_en.pdf

2. Europäischer Rechnungshof befürchtet Verfehlen der Zielvorgaben für Sammlung von Elektroschrott

Der Europäische Rechnungshof veröffentlichte am 20. Mai 2021 eine Analyse der Herausforderungen für die Beseitigung von Elektroschrott in der Europäischen Union (EU). Die EU nehme zwar weltweit einen Spitzenplatz ein, wenn es darum gehe, ausrangierte Elektrogeräte sachgemäß zu sammeln und zu verwerten. Dennoch laufe sie Gefahr, ihre ambitionierten Ziele für die Sammlung von Elektroschrott zu verfehlen. So müsse beispielsweise die Einhaltung der geltenden Vorschriften sichergestellt und kontrolliert werden. Probleme gebe es auch durch Gesetzesverstöße und kriminelle Aktivitäten, darunter illegale Transporte in Länder außerhalb der EU. Die Recyclingquote liege derzeit bei rund 80 Prozent. Jedoch sehe es so aus, als seien nur zwei Mitgliedstaaten auf dem Weg, die für 2019 gesetzten Sammelziele zu erreichen.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INRW21_04/INRW_Electronic_Waste_DE.pdf

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/RW21_04/RW_Electronic_Waste_DE.pdf

3. Strategische Leitlinien für nachhaltige Aquakultur in der Europäischen Union

Die Europäische Kommission hat am 17. Mai 2021 neue strategische Leitlinien für eine nachhaltigere und wettbewerbsfähigere Aquakultur in der Europäischen Union (EU) verabschiedet. In ihnen werden vier miteinander verknüpfte Ziele für die Weiterentwicklung der Aquakultur in der Union festgelegt:

- Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit aufbauen,
- zum grünen Wandel beitragen,
- die gesellschaftliche Akzeptanz und die Verbraucherinformation sicherstellen,

- Wissen und Innovation fördern.

Die vorgeschlagenen Leitlinien sollen auch die Ausweitung der ökologischen Aquakultur auf EU-Ebene fördern. In den Leitlinien werden spezifische Maßnahmen in einer Reihe von Bereichen vorgeschlagen, darunter der Zugang zu Raum und Wasser, die Gesundheit von Mensch und Tier, die Umweltleistung, der Klimawandel, der Tierschutz, der rechtliche und administrative Rahmen sowie die Kommunikation über die Aquakultur in der EU. Die Europäische Kommission fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, diese neuen Leitlinien in ihren mehrjährigen nationalen Strategieplänen für die Entwicklung des Aquakultursektors sowie bei der Förderung des Sektors im Rahmen des künftigen Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds und anderer EU-Fonds zu berücksichtigen.

Jedes vierte in Europa verzehrte Meereserzeugnis stamme aus der Aquakultur. Der Großteil der Meeresfrüchte werde jedoch importiert (rund 60 Prozent des Gesamtangebots). Insgesamt stammten nur 10 Prozent des Meeresfrüchteangebots aus der EU-Aquakultur.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1554

https://ec.europa.eu/oceans-and-fisheries/ocean/blue-economy/aquaculture/aquaculture-guidelines_en

4. Kein Schadenersatz bei harter Flugzeuglandung

Der Europäische Gerichtshof entschied am 12. Mai 2021, dass es sich bei einer harten Landung, die im Einklang mit den für das betreffende Flugzeug geltenden Verfahren und Betriebsgrenzen erfolgt ist, um keinen „Unfall“ nach dem europäischen Luftverkehrsrecht handelt. Im Ausgangsfall hat eine Passagierin die Fluglinie Altenrhein Luftfahrt vor den österreichischen Gerichten auf Schadenersatz verklagt, weil sie aufgrund der harten Landung ihres Fluges Wien-St. Gallen einen Bandscheibenvorfall erlitten habe. Die Landung lag jedoch noch im betriebsüblichen Bereich. Aus flugtechnischer Sicht sei am Flughafen St. Gallen/Altenrhein wegen der alpinen Lage eine härtere Landung sicherer als eine zu weiche.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=241172&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=3098797>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäische Kommission konsultiert zu EU-Strategie für Kleinanleger

Die Europäische Kommission leitete am 11. Mai 2021 eine öffentliche Konsultation zu der für das zweite Quartal 2022 geplanten Mitteilung über eine EU-Strategie für Kleinanleger ein. Mit dieser Initiative solle sichergestellt werden, dass Verbraucher, die in Kapitalmärkte investieren, dies mit Zuversicht und Vertrauen tun können, dass die Ergebnisse dieser Anlagen verbessert werden und dass die Verbraucher stärker beteiligt werden. Wenn mehr Verbraucher in Kapitalmärkte investierten und Kapital in Unternehmen des Privatsektors anlegten, könnte dies dem Prozess der wirtschaftlichen Erholung nach der COVID-19-Pandemie förderlich sein. Rückmeldungen sind bis zum 3. August 2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12755-EU-Strategie-fur-Kleinanleger_de

2. Europäische Versicherungsaufsicht überprüft Preis-Leistungsverhältnis bei fondsgebundenen Lebensversicherungen

Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) hat am 22. April 2021 ein Konsultationspapier zum Preis-Leistungsverhältnis bei fondsgebundenen Lebensversicherungen veröffentlicht. EIOPA plant die Entwicklung einer Methodik, um prüfen zu können, ob alle Produktkosten in einem proportionalen Verhältnis stehen zu den Anlagerenditen, den Garantien, zum Versicherungsschutz, den Dienstleistungen für den Kunden und anderen Produktmerkmalen. Diese Vorgabe macht das Produktfreigabeverfahren, das durch die Versicherungsvertriebsrichtlinie eingeführt worden ist. Wichtige Maßstäbe für die Bewertung sollen auch der Zielmarkt des Produkts und die Bedürfnisse der Kunden sein, die zu diesem Zielmarkt gehören. Die Kosten, mit denen die Verbraucher belastet werden, sollten sowohl für das Produkt insgesamt als auch für jedes einzelne Produktmerkmal in einem angemessenen Verhältnis zu den versprochenen Leistungen stehen. Ferner müssten die Anbieter die Kosten, Anlagerenditen und Serviceleistungen regelmäßig überprüfen und bei Produkten, die für die Allgemeinheit bestimmt sind, sicherstellen, dass sie für den Vertrieb und für Kunden verständlich sind. Die öffentliche Konsultation läuft bis zum 16. Juli 2021.

<https://www.eiopa.europa.eu/content/eiopa-consults-reporting-of-costs-and-charges-of-iorps-and-risk-management-iorps-providing>

<https://www.eiopa.europa.eu/sites/default/files/publications/consultations/consultation-paper-framework-to-address-value-for-money.pdf>

https://www.bafin.de/SharedDocs/Downloads/DE/BaFinJournal/2021/bj_2105.pdf?__blob=publicationFile&v=6

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Einigung über digitales COVID-19-Zertifikat

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben am 20. Mai 2021 eine vorläufige Einigung über das COVID-19-Zertifikat der Europäischen Union (EU) erzielt. Damit soll den Menschen in Europa das Reisen erleichtert werden. Das digitale COVID-Zertifikat der EU soll

- Impfungen, Tests und Genesung umfassen,
- je nach Wahl der Empfänger digital oder in Papierform verfügbar sein und einen digital signierten QR-Code enthalten,
- kostenlos, leicht erhältlich und auch für Personen zugänglich sein, die vor Inkrafttreten der Verordnung über das digitale COVID-Zertifikat der EU geimpft wurden,
- von den Mitgliedstaaten auch für nationale Zwecke verwendet werden können, wenn dies im nationalen Recht vorgesehen ist.
- Die Mitgliedstaaten davon abhalten, Inhabern eines digitalen COVID-Zertifikats der EU zusätzliche Reisebeschränkungen aufzuerlegen, es sei denn, diese sind zum Schutz der öffentlichen Gesundheit notwendig und verhältnismäßig.
- Zudem durch Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro flankiert werden, die die Europäische Kommission mobilisiert, um die Mitgliedstaaten bei der Bereitstellung erschwinglicher Tests zu unterstützen.

Die politische Einigung muss nun vom Europäischen Parlament und vom Rat der Europäischen Union förmlich angenommen werden. Die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten haben bereits am 21. Mai 2021 einstimmig ihre Zustimmung erklärt. Das Europäische Parlament wird in der Sitzungswoche vom 7. bis 10. Juni 2021 abstimmen. Danach wird der Rat der Europäischen Union die Rechtstexte förmlich verabschieden. Die Rechtsakte treten am 1. Juli 2021 in Kraft und gelten für 12 Monate. Mitgliedstaaten, die zusätzliche Zeit benötigen, wird eine Übergangsfrist von sechs Wochen für die Ausstellung von Zertifikaten eingeräumt. Parallel zum Gesetzgebungsprozess wurden nach Angaben der Europäischen Kommission bereits erhebliche Fortschritte bei der technischen Entwicklung erzielt. Die EU-Schnittstelle, mit der Zertifikate grenzüberschreitend überprüft werden können, sei einsatzbereit und werde ab Juni 2021 in Betrieb gehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2593

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/05/21/covid-19-coreper-endorses-political-agreement-on-the-eu-digital-covid-certificate-to-facilitate-free-movement/>

<https://www.consilium.europa.eu/media/49755/st09038-en21.pdf> (Kompromisstexte für Verordnungen)

2. Neues europäisches Sicherheitssiegel soll Tourismus erleichtern

Ein neues Gesundheits- und Sicherheitsprotokoll mit Anforderungen und Empfehlungen für Tourismusunternehmen soll die sichere Wiedereröffnung des Tourismus rechtzeitig zur Sommersaison erleichtern. Hintergrund sind die schrittweisen Lockerungen der COVID-19-Beschränkungen und die Notwendigkeit für Gesundheit und Sicherheit zu sorgen. An touristische Einrichtungen, die den internationalen Standard umsetzen, können die Mitgliedstaaten ein neues Sicherheitssiegel vergeben. In der im März 2021 veröffentlichten Mitteilung „Ein gemeinsamer Weg zu einer sicheren und nachhaltigen Wiedereröffnung“ hat die Europäische Kommission das Europäische Komitee für Normung (CEN) aufgefordert, diese Normungsinitiative als Grundlage für Gesundheits- und Sicherheitsprotokolle für den Tourismussektor noch vor dem Sommer vorzubereiten. Das Protokoll wurde auf internationaler Ebene von der Internationalen Normungsorganisation ISO entwickelt und ist nun vom CEN genehmigt und ergänzt worden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210519-sicherheitssiegel-tourismus_de

<https://www.cen.eu/news/brief-news/Pages/NEWS-2021-015.aspx>

3. Europäische Kommission sichert 1,8 Milliarden Dosen Impfstoff gegen COVID19

Die Europäische Kommission hat am 20. Mai 2021 einen dritten Vertrag mit den Pharmaunternehmen BioNTech und Pfizer unterzeichnet. Damit reserviert sie zwischen Ende 2021 und 2023 im Auftrag aller EU-Mitgliedstaaten bis zu 1,8 Milliarden Dosen des derzeitigen BioNTech/Pfizer-Impfstoffs gegen Covid19 und eines an Varianten angepassten Impfstoffs. „Hier ist Europa vor der Welle. Das ist der größte Impfstoffvertrag weltweit“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 20. Mai 2021 beim WDR-Europaforum. Potenzielle Verträge mit anderen Herstellern würden dem gleichen Muster folgen, so von der Leyen. Der unterzeichnete Vertrag gestattet den Ankauf von 900 Millionen Dosen und umfasst eine Option auf den Ankauf von weiteren 900 Millionen Dosen. Er verlangt, dass die Impfstoffherstellung in der EU angesiedelt wird und dass wesentliche Komponenten aus der EU bezogen werden. Darin ist zudem festgelegt, dass ab Lieferbeginn im Jahr 2022 die Lieferungen an die Europäische Union (EU) garantiert werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210520-dritter-vertrag-biontech_de

https://ec.europa.eu/germany/news/20210520-wdr-europaforum_de

4. Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit stuft Titandioxid als unsicher ein

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat ihre Sicherheitsbewertung für den Lebensmittelzusatzstoff Titandioxid (E171) auf Ersuchen der Europäischen Kommission aktualisiert. Mit der aktualisierten Bewertung wird das Ergebnis der früheren EFSA-Bewertung aus dem Jahr 2016 überarbeitet, in der hervorgehoben wurde, dass mehr Forschung erforderlich ist, um Datenlücken zu schließen. Titandioxid (E171) gilt nunmehr bei Verwendung als Lebensmittelzusatzstoff nicht mehr als sicher. Ein entscheidender Faktor sei, dass Genotoxizitätsbedenken nach dem Verzehr von Titandioxidpartikeln nicht ausgeschlossen werden konnten. Nach oraler Aufnahme sei die Resorption von Titandioxidpartikeln zwar gering, sie könnten sich jedoch im Körper ansammeln. Genotoxizität bezieht sich auf die Fähigkeit einer chemischen Substanz, die DNA, also das genetische Material von Zellen, zu schädigen. Dies könne zu karzinogenen Wirkungen führen. Die Risikomanager bei der Europäischen Kommission und in den EU-Mitgliedstaaten wurden über die Schlussfolgerungen der EFSA informiert.

<https://www.efsa.europa.eu/de/news/titanium-dioxide-e171-no-longer-considered-safe-when-used-food-additive>

5. Beschränkungen für die Verwendung von Monacolinen aus Rotschimmelreis in Lebensmitteln

Die Europäische Kommission startete am 20. Mai 2021 eine öffentliche Konsultation zum Vorschlag für eine Verordnung über Beschränkungen der Verwendung von Monacolinen aus Rotschimmelreis in Lebensmitteln. Verbraucher verwendeten Nahrungsergänzungsmittel, die Rotschimmelreis enthalten, um den Cholesterinspiegel im Blut auf einen normalen Wert zu senken und zu halten. Rotschimmelreis ist ein leuchtend rotes Fermentationsprodukt von gewöhnlichem, gekochtem Reis mit bestimmten Schimmelpilzstämmen der Gattung *Monascus*. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit habe aufgrund von Berichten über schädliche Wirkungen einer Verwendung von Erzeugnissen mit Rotschimmelreis ein wissenschaftliches Gutachten zur Sicherheit von Monacolinen in Rotschimmelreis vorgelegt. Auf der Grundlage dieses wissenschaftlichen Gutachtens schlägt die Europäische Kommission vor, die Verwendung von Monacolinen aus Rotschimmelreis zu begrenzen, um eine sichere Verwendung dieses Stoffs in Lebensmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln sicherzustellen. Rückmeldungen zu diesem Vorschlag sind bis zum 17. Juni 2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13025-Lebensmittelsicherheit-Beschränkungen-der-Verwendung-von-Monacolinen-aus-Rotschimmelreis-in-Lebensmitteln_de

6. EU-Rechtsvorschriften tragen zu Reduzierung des Tabakkonsums bei

Die Europäische Kommission hat am 20. Mai 2021 ihren ersten Bericht zur EU-Tabakrichtlinie veröffentlicht, die vor fünf Jahren in Kraft getreten ist. Nach diesem Bericht ist der Tabakkonsum in der Europäischen Union (EU) in den vergangenen Jahren demnach stetig zurückgegangen. Der Bericht stellt fest, dass die EU-Rechtsvorschriften beigetragen haben, den Tabakkonsum zu senken, indem sie den Mitgliedstaaten strenge Vorschriften an die Hand geben, um gegen den Konsum von Tabakerzeugnissen in der EU vorzugehen. Dazu gehörten insbesondere erweiterte Warnhinweise in Text und Bild, ein Rückverfolgungssystem, ein Verbot charakteristischer Aromen und die Regulierung von E-Zigaretten. Der Bericht kommt aber auch zu dem Schluss, dass aufgrund der Marktentwicklungen in einigen wesentlichen Bereichen wie Kennzeichnung, Bewertung der Inhaltsstoffe, grenzüberschreitender Fernabsatz sowie neuartige und neu entstehende Produkte noch Verbesserungsbedarf besteht.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210520-bericht-tabakregeln_de

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52021DC0249&from=EN>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Europäisches Parlament gegen Anerkennung der Gleichwertigkeit von Datenschutz in Großbritannien

In einer am 21. Mai 2021 verabschiedeten Entschließung (344 Ja-Stimmen, 311 Nein-Stimmen und 28 Enthaltungen) fordern die Europaabgeordneten die Europäische Kommission auf, ihre Entscheidungsentwürfe über die Gleichwertigkeit des Datenschutzes in Großbritannien zu ändern. Die Europaabgeordneten weisen darauf hin, dass die Bewertung, die die Europäische Kommission vor der Vorlage ihres Entwurfs eines Durchführungsbeschlusses vorgenommen hat, unvollständig ist. Die Bewertung stehe nicht mit den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) für Angemessenheitsbewertungen im Einklang, wonach einer staatlichen Stelle nicht gestattet werden dürfe, zur Wahrung der nationalen Sicherheit den Betreibern elektronischer Kommunikationsdienste vorzuschreiben, den Sicherheits- und Nachrichtendiensten des Staates allgemein und unterschiedslos Verkehrs- und Standortdaten zu übermitteln. Die

Europaabgeordneten zeigen sich auch besorgt über die Weitergabe von Daten an Länder, deren Datenschutz von der Europäischen Union nicht als gleichwertig anerkannt ist. Außerdem seien die Vorschriften des Vereinigten Königreichs für die Weitergabe personenbezogener Daten nach dem Digital Economy Act 2017 (Gesetz über die digitale Wirtschaft) und für Weiterleitungen von Forschungsdaten den in der Datenschutzgrundverordnung festgelegten Bestimmungen in der Auslegung durch den EuGH eindeutig nicht „der Sache nach gleichwertig“.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210517IPR04124/data-protection-meps-urge-the-commission-to-amend-uk-adequacy-decisions>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0262_DE.html

2. Europäisches Parlament fordert Bekämpfung illegaler Online-Übertragungen von Sportereignissen

In einer am 19. Mai 2021 angenommenen Gesetzesinitiative machen die Europaabgeordneten Vorschläge, um gegen das Phänomen der zunehmenden illegalen Liveübertragungen von Sportveranstaltungen vorzugehen. Sie fordern die Europäische Kommission auf, im Hinblick auf den derzeitigen EU-Rahmen für Rechte des geistigen Eigentums Klarheit für Live-Sportveranstaltungen zu schaffen. Diese unterlägen derzeit nicht dem Urheberrechtsschutz. Die Übertragungsrechte seien eine wichtige Einnahmequelle für die Sportveranstalter. Illegale Streams sollten spätestens 30 Minuten nach Eingang der Mitteilung der Rechteinhaber oder eines zertifizierten vertrauenswürdigen Hinweisgebers entfernt oder deaktiviert werden müssen. Legale Angebote von Sportinhalten sollten auch in der Europäischen Union besser beworben werden und für Verbraucher leichter online zu finden sein. Die Haftung für die illegale Übertragung von Sportveranstaltungen sollte bei den Anbietern von Sport-Streams liegen, und nicht bei den Fans oder Verbrauchern.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210517IPR04117/bekampfung-illegaler-online-ubertragungen-von-sportereignissen>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0236_DE.html

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. Europäische Kommission konsultiert zu EU-Strategie für nachhaltige Textilien

Die Europäische Kommission leitete am 12. Mai 2021 eine öffentliche Konsultation zu der für das dritte Quartal 2021 geplanten Mitteilung über eine EU-Strategie für nachhaltige Textilien ein. Diese Strategie soll die Europäische Union (EU) beim Übergang zu einer klimaneutralen, kreislauforientierten Wirtschaft unterstützen, in der die Produkte so konzipiert werden, dass sie langlebiger, besser wiederverwendbar und reparierbar, recyclingfähiger und energieeffizienter sind. Ziel sei eine nachhaltige Erholung der Textilindustrie von der COVID-19-Krise durch Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, durch Anwendung der Grundsätze der Kreislaufwirtschaft auf Produktion, Produkte, Verbrauch, Abfallbewirtschaftung und Sekundärrohstoffe sowie durch gezielte Investitionen, Forschung und Innovation. Rückmeldungen sind bis 4. August 2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12822-EU-Strategie-fur-nachhaltige-Textilien_de

2. Starke Zunahme des Verbrauchervertrauens in Europa

Der von der Europäischen Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens stieg im Mai 2021 gegenüber dem Vormonat im Euroraum um 3,0 Punkte auf -5,1 Punkte und in der Europäischen Union ebenfalls um 3,0 Punkte auf -6,0 Punkte. Der Index liegt im Euroraum über seinem langfristigen Durchschnitt von -11,1 und in der Europäischen Union über seinem langfristigen Durchschnitt von -10,6.

Der Index wird seit Januar 2019 neu berechnet. Er beruht nunmehr auf den Antworten von Verbrauchern auf folgende vier Fragen: (i) Wie hat sich die finanzielle Lage ihres Haushalts in den letzten 12 Monaten entwickelt?, (ii) Was für eine Entwicklung der finanziellen Lage ihres Haushalts erwarten sie in den nächsten 12 Monaten?, (iii) Was für eine Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ihres Landes erwarten sie in den nächsten 12 Monaten? und (iv) Verglichen mit den letzten 12 Monaten, erwarten sie mehr oder weniger Ausgaben für größere Ankäufe (Möbel, Elektrogeräte, elektronische Geräte usw.) in den nächsten 12 Monaten?

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/flash_consumers_2021_05_en.pdf

TERMINVORSCHAU

Rat der Europäischen Union

Europäischer Rat (24./25. Mai 2021)

Stand der Koordinierung der Maßnahmen der Europäischen Union (EU) zur Bewältigung von COVID-19; Maßnahmen der EU gegen den Klimawandel; Beziehungen mit Großbritannien.

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (25. Mai 2021)

Vorbereitung von Treffen in Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zur Abrüstung.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (26. Mai 2021)

Vorschlag für eine Verordnung über eine verstärkte Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur bei der Krisenvorsorge und -bewältigung bei Arzneimitteln und Medizinprodukten; Vorschlag für Verordnung über schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsprobleme.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (26. Mai 2021)

Vorschlag für eine Verordnung über die digitale operative Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (26. Mai 2021)

ePrivacy-Verordnung (Bericht des Vorsitzes über die Ergebnisse des Trilogs); Roaming-Verordnung (Prüfung des Kompromissvorschlags des Vorsitzes).

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (26. Mai 2021)

Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität – weiteres Vorgehen (Gedankenaustausch).

Ad-hoc-Gruppe „Stärkung der Bankenunion“ (26. Mai 2021)

Europäische Einlagensicherung.

Rat Landwirtschaft und Fischerei (26./27. Mai 2021)

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 (Aussprache); Studie zum Status neuer Gentechniken (Präsentation der Kommission/Aussprache); Schlussfolgerungen zu den Prioritäten der EU für den „2021 United Nations Food Systems Summit“ (UNFSS); Ökologischer Landbau – Aktionsplan für die Entwicklung von EU-Bio-Produktion (Präsentation der Kommission/Aussprache); Gemeinsame Erklärung der Landwirtschaftsminister der Visegrad-Staaten

(Tschechische Republik, Ungarn, Polen und Slowakei) und Bulgariens, Kroatiens und Rumäniens über die Chancen und Herausforderungen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ für Landwirte.

Rat Wettbewerbsfähigkeit (27./28. Mai 2021)

Verordnung über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste); Verordnung über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor (Gesetz über digitale Märkte); Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des globalen Einflusses der Europäischen Union durch ein ehrgeiziges Paket zu digitalen Diensten (Orientierungsaussprache); Schlussfolgerungen zum Thema „Tourismus in Europa im nächsten Jahrzehnt: Nachhaltig, widerstandsfähig, digital, global und sozial“; Schlussfolgerungen zu Datentechnologien zur Verbesserung der „besseren Rechtsetzung“; Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Informationen der Kommission); Überprüfung der Handelspolitik – Eine offene, nachhaltige und entschlossene Handelspolitik (Informationen der Kommission).

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (28. Mai 2021)

Verordnung über Märkte für Kryptoanlagen.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (28. Mai 2021)

Vorschlag für eine Verordnung über eine verstärkte Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur bei der Krisenvorsorge und -bewältigung bei Arzneimitteln und Medizinprodukten; Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates über den Zugang zu Arzneimitteln und Medizinprodukten für eine stärkere und widerstandsfähigere Europäischen Union.

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (28. Mai 2021)

Anstehender Legislativvorschlag zur Stärkung der Verbraucher für den grünen Übergang – Allgemeiner Überblick über die Politik der Kommission (Aussprache); Verbraucher und der grüne Übergang: Allgemeiner politischer Überblick über das Recht auf Reparatur (Präsentation der Europäischen Kommission/Aussprache); Die Rolle der Verbraucher beim grünen Übergang: Standpunkt einer europäischen Verbraucherorganisation (Präsentation von BEUC, Aussprache).

Ratsarbeitsgruppe „Wein und Alkohol“ (31. Mai 2021)

Vorbereitung der Generalversammlung der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (12. Juli 2021)

Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie (3./4. Juni 2021)

Schlussfolgerungen zum Thema „Die Schiene als Vorreiter für eine intelligente und nachhaltige Mobilität“; Schlussfolgerungen zur Strategie der Kommission für nachhaltige und intelligente Mobilität; Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität — weiteres Vorgehen (Gedankenaustausch); Verordnung über europäische Daten-Governance (Daten-Governance-Gesetz); Richtlinie über

Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union (Fortschrittsbericht); Digitaler Kompass 2030: Wie können die Weichen für die digitale Zukunft der EU gestellt werden? (Orientierungsaussprache); Informationen der Kommission über: i) Verordnung über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation (Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation), ii) Verordnung über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (Roaming-Verordnung), iii) Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Gesetz über künstliche Intelligenz), iv) Verordnung über einen Rahmen für eine europäische digitale Identität.

Europäisches Parlament

Ausschuss für internationalen Handel (25. Mai 2021)

Handelsbezogene Aspekte und Auswirkungen von COVID-19; Stand der Umsetzung des handelspolitischen Teils des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich.

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (25. Mai 2021)

Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste); Wettbewerbsfähige und faire Märkte im digitalen Bereich (Gesetz über digitale Märkte); Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Niveau der Cybersicherheit in der gesamten Union.

Untersuchungsausschuss im Zusammenhang mit dem Schutz von Tieren beim Transport (25. Mai 2021)

Workshop zum Schutz von Tieren beim Transport.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (26. Mai 2021)

Eine verstärkte Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur bei der Krisenvorsorge und dem Management für Arzneimittel und Medizinprodukte; Die Cybersicherheitsstrategie der Europäischen Union für das digitale Jahrzehnt; Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Niveau der Cybersicherheit in der gesamten Union; Verordnung über Batterien und Altbatterien; Eine EU-Strategie zur Reduzierung von Methanemissionen; Eine pharmazeutische Strategie für Europa.

Ausschuss für Wirtschaft und Währung und Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (26. Mai 2021)

Öffentliche Anhörung zu nachhaltigem Finanzwesen.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (26./27. Mai 2021)

Öffentliche Anhörung zur Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Union (EU) und dem Vereinigten Königreich:

Herausforderungen für die Integrität des Binnenmarktes und der Zollunion; Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen innerhalb der Union (Neufassung); Europäische Data Governance (Data Governance Act); Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Niveau der Cybersicherheit in der gesamten Union; Ein Aktionsplan für geistiges Eigentum zur Unterstützung der Erholung und Widerstandsfähigkeit der EU; Gesetz über digitale Dienste und Gesetz über digitale Märkte - eine zukunftsweisende und verbraucherzentrierte Perspektive.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (26./27. Mai 2021)

Gemeinsame europäische Werte und Grundrechtsthemen in der Europäischen Digitalen Strategie und der damit verbundenen Gesetzgebung, insbesondere dem Gesetz über digitale Dienste, dem Gesetz über digitale Märkte und dem Data Governance Act; Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung von interoperablen Bescheinigungen über Impfung, Tests und Wiederherstellung zur Erleichterung des freien Verkehrs während der COVID-19-Pandemie (Digitales Grünes Zertifikat).

Ausschuss für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (26.-28. Mai 2021)

Öffentliche Anhörung zum Thema „Die EU-Strategie zur Reduzierung von Methanemissionen“; Gedankenaustausch mit Hans Bruyninckx, Exekutivdirektor der Europäischen Umweltagentur; EU-Biodiversitätsstrategie für 2030: Die Natur zurück in unser Leben holen.

Ausschuss für Kultur und Bildung (27. Mai 2021)

Europas Medien im digitalen Jahrzehnt: Ein Aktionsplan zur Unterstützung von Aufschwung und Transformation.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (26. Mai 2021)

Stärkung des Verhaltenskodex gegen Desinformation.

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (2. Juni 2021)

Eine vertrauenswürdige und sichere europäische elektronische Identifizierung (e-Id).

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft (26. Mai 2021)

Europäischer Aktionsplan für Demokratie; Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung.

Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastruktur und Informationsgesellschaft (27. Mai 2021)

Stellungnahme zur Evaluierung des Weißbuchs 2011 über Verkehr; Ergebnisse der Konferenz über Energiearmut am Scheideweg der europäischen Säule sozialer Rechte und des Europäischen Grünen Deals.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C 635/18 (3. Juni 2021)

Überschreitung der Grenzwerte für Stickstoffdioxid und fehlende Luftqualitätspläne in Deutschland.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)